

Sebastian Blesse, Holger Dietrich*, Sarah Necker und Michael K. Zürn**

Wollen die Deutschen beim Klimaschutz Vorreiter sein und wenn ja, wie? Maßnahmen aus Bevölkerungsperspektive

Mit dem Klimaschutz muss es schneller vorangehen als bisher, wenn die Erderwärmung auf 2,0 oder sogar auf 1,5°C begrenzt werden soll (IPCC 2022). Während die jüngste UN-Klimakonferenz in Dubai (COP28) Hoffnung gab und die politische Relevanz und sachliche Dringlichkeit dieses Anliegens unterstrich, so wurde wieder einmal die Uneinigkeit über die Verantwortung einzelner Akteure und die Wahl der besten Maßnahmen zur Erreichung international unterstützter Klimaschutzziele zur Schau getragen.

Wenngleich globale Kooperation beim Klimaschutz am effizientesten ist, kann es notwendig sein, dass sich mehrere Länder in einem Klimaclub zusammenschließen, um das Trittbrettfahrerproblem zu überwinden (Nordhaus 2015). Auch wenn Bundeskanzler Olaf Scholz die Gründung eines solchen Clubs vorantreibt, steht die konkrete Umsetzung in den Sternen. In Deutschland und Europa wird daher viel darüber diskutiert, ob man eine Vorreiterrolle einnehmen sollte, um die eigenen Klimaschutzziele zu halten und anderen ein Vorbild zu sein. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019) lehnt eine Vorreiterrolle, die über das hinausgeht, was in internationalen Verträgen vereinbart wurde, mit Verweis auf die verhaltens- und spieltheoretische Forschung ab. Ein nationales Vorpreschen könnte Trittbrettfahrerverhalten sogar befördern und die Verhandlungsposition schwächen. Zudem steht in Frage, ob Deutschland überhaupt eine Vorreiterrolle einnehmen kann. Der Expertenrat für Klimafragen (2023) stellt eine erhebliche Lücke zwischen Klimaschutzzielen und der erwartbaren Entwicklung fest.

Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Beitrag basierend auf einer repräsentativen Befragung von über 2 000 Personen die Sicht der deutschen Bevölkerung auf die Frage, ob Deutschland in Sachen Klimaschutz vorangehen sollte, in welchem Ausmaß öffentliche Hand, Unternehmen oder Haushalte die dazu notwendigen Investitionen stemmen sollten und welche konkreten Maßnahmen die Bevölkerung für am besten geeignet hält, um die Klimaziele zu erreichen. Obgleich die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen und der bevorzugten Verwendung von Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in der Bevölkerung bereits

* Holger Dietrich ist Senior Researcher am Nürnberg Institut für Marktentscheidungen.

** Dr. Michael Zürn ist Senior Researcher am Nürnberg Institut für Marktentscheidungen.

IN KÜRZE

Forschende sind sich einig: Mit dem Klimaschutz muss es vorangehen und das schneller als bisher. Da globale Abkommen stocken, streben Deutschland und Europa eine Vorreiterrolle an. Wie steht die deutsche Bevölkerung dazu? Eine Vorreiterrolle wird von etwas mehr als der Hälfte begrüßt. Die Investitionen zur Erreichung von Klimaneutralität sollen primär von den Unternehmen getragen werden, aber überraschenderweise in geringerem Ausmaß als von Experten geschätzt. Als effektivste Maßnahmen sehen die meisten Befragten interventionistische Instrumente, während die von Expertinnen und Experten favorisierte CO₂-Bepreisung wenig Anklang findet. Die beliebteste Verwendung der potenziellen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung ist die Förderung klimafreundlicher Maßnahmen. Unsere Umfrage zeigt, dass die Meinung der Bevölkerung substanziell von den Meinungen und Schätzungen von Experten abweicht. Diese Diskrepanz kann den Stillstand in der Klimapolitik erklären. Auch die heterogene Interessenlage innerhalb der Bevölkerung bezüglich konkreter Lösungsansätze zur Erreichung von Klimaneutralität und die Frage, ob dabei überhaupt eine Vorreiterrolle eingenommen werden sollte, können zur Erklärung des Reformstaus in der Politik beitragen.

verschiedentlich untersucht wurden (Dechezleprêtre et al. 2022; Sommer et al. 2022; Carratini et al. 2019), sind aufgrund der intensiven politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema aktuelle Zahlen wichtig. Neu an unserer Studie ist vor allem die Frage, ob die Deutschen tatsächlich noch als Vorreiter in Sachen Klimaschutz vorangehen wollen und wie sich Befürworter und Gegner einer solchen Rolle bezüglich wahrgenommener Verantwortlichkeiten und bevorzugter Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterscheiden.

AUFBAU DER UMFRAGE

Die hier berichteten Ergebnisse beziehen sich auf Daten, die im Rahmen einer Befragung des ifo Instituts in Kooperation mit dem Nürnberg Institut für Marktentscheidungen (NIM) über den GfK eBUS® erhoben wur-

den. Die Feldarbeit wurde in der Zeit zwischen dem 14. und 24. September 2023 durchgeführt. Befragt wurde eine repräsentative Stichprobe (N = 2 023) von Personen im Alter von 18 bis 74 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Gewährleistung einer repräsentativen Stichprobe wurden dabei die Merkmale Geschlecht, Alter, Bundesland, Ortsgröße, Haushaltsgröße und Schulbildung des Haushaltsvorstands quotiert. Die Befragung der Panel-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer erfolgte anhand eines strukturierter Fragebogens per CAWI (Computer Assisted Web Interview), also online.

MEHRHEIT BEGRÜSST VORREITERROLLE DEUTSCHLANDS IN SACHEN KLIMASCHUTZ

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie sehr sie der Aussage zustimmen, dass Deutschland beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen und verstärkt eigene Klimaschutzmaßnahmen ergreifen sollte, auch wenn dies gegebenenfalls kurzfristig mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden ist. Die Ergebnisse zeigen, dass mit 55% die Mehrheit eine deutsche Vorreiterrolle unterstützt (vgl. Abb. 1). Allerdings wird die Vorreiterrolle auch von 33% abgelehnt. Jede achte Person möchte sich nicht festlegen, was entweder darauf hinweist, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung dieser Frage um die grundsätzliche Ausrichtung deutscher Klimapolitik gleichgültig oder aber mit gemischten Gefühlen gegenübersteht.

Die Befragung zeigt einige demografische Unterschiede bezüglich der Unterstützung einer Vorreiterrolle Deutschlands. So unterstützen die Jungen eine Vorreiterrolle eher als die Älteren, ebenso wie höher gebildete Personen mehr Unterstützung zeigen als Personen mit niedrigerer Bildung. Auch Personen, bei denen Kinder im Haushalt leben, unterstützen die Vorreiterrolle Deutschlands tendenziell eher. Demgegen-

über zeigen sich keine klaren Unterschiede bezüglich des Einkommens der Befragten.

BEVÖLKERUNG SIEHT UNTERNEHMEN UND ÖFFENTLICHE HAND IN BRINGSCHULD AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

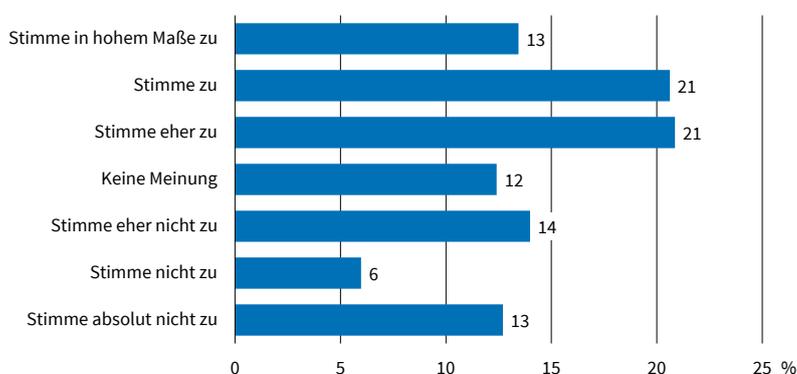
Jenseits der Kontroverse, ob Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen sollte, stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln Klimaneutralität erreicht werden soll. Es bedarf sowohl Investitionen der öffentlichen Hand (z. B. der Städte oder öffentlichen Einrichtungen), der Unternehmen (z. B. über Umstellung ihrer Produktionsprozesse) und der privaten Haushalte (z. B. über die Umrüstung zu energieeffizienten Wohnungen und/oder Haushaltsgeräten). Schätzungen zufolge müssen etwa 190 Mrd. Euro pro Jahr investiert werden, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen (KfW Research 2021). Wir fragten die Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer, welche Akteure ihrer Meinung nach zu welchen Teilen die geschätzten, notwendigen Kosten für die Investitionen tragen sollten.

Unseren Daten zufolge sieht die deutsche Bevölkerung an erster Stelle die Unternehmen in der Pflicht, durch Investitionen aktiv den Weg zur Klimaneutralität zu beschreiten. Konkret wird den Unternehmen die Verantwortung für 44% der gesamten Investitionslast übertragen, gefolgt von der öffentlichen Hand, die 38% des Investitionsvolumens tragen soll. Die Haushalte werden von den Befragten am wenigsten in der Pflicht gesehen, ihnen wird nur 18% des Investitionsvolumens zugeschrieben. Im Gegensatz dazu schätzt KfW Research (2021) den Anteil der Unternehmen auf 63%, den Anteil öffentlicher Haushalte auf 26% und den der Haushalte auf 11%. Damit sieht die Bevölkerung die Unternehmen interessanterweise weniger in der Bringschuld von Investitionen zur Erreichung von Klimaneutralität als die Studie der KfW. Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist anzumerken, dass hier lediglich auf direkte Investitionskosten abgestellt wird und die Rolle des Staats bei der Begleitung von Klimaschutzbemühungen anderer Akteure (etwa direkt durch Subventionen an Unternehmen oder private Haushalte) größer ist, wenn man diese zusätzlichen Kosten berücksichtigen würde. Die Unterschiede zwischen professionellen Schätzungen und Bevölkerungsmeinung können auch auf dementsprechende Missverständnisse zurückzuführen sein. Die Rangfolge der Kostenträger Unternehmen, öffentliche Hand und Haushalte ist jedoch zwischen Bevölkerung und den offiziellen Schätzungen gleich, trotz Annahme unterschiedlicher Kostenniveaus.

GROSSE UNTERSTÜTZUNG STAATLICHER EINGRIFFE AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

Den Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmern wurde auch folgende Frage gestellt: »Welche staatliche Maß-

Abb. 1
Zustimmung zu einer Vorreiterrolle in Deutschland



Anmerkung: Konkret wurde Folgendes gefragt: »Experten zufolge wären Klimaschutzmaßnahmen dann am effektivsten, wenn sie global umgesetzt würden. Allerdings sind die Fortschritte bei der globalen Zusammenarbeit gering. Stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Deutschland sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und verstärkt eigene Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, auch wenn dies ggf. kurzfristig mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden ist.« Die Befragten konnten auf einer 7-stufigen Likert-Skala von »Stimme in hohem Maße zu«, »Stimme zu«, »Stimme eher zu«, »Keine Meinung«, »Stimme eher nicht zu«, »Stimme nicht zu« bis hin zu »Stimme absolut nicht zu« antworten. N = 2 023.

Quelle: ifo-NIM-Umfrage.

© ifo Institut

nahme ist Ihrer Ansicht nach am wichtigsten, um Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen?«. Fünf konkrete Maßnahmen standen den Befragten zur Auswahl, zudem war es möglich anzugeben, man wisse nicht, was die entsprechend wichtigste Maßnahme sei.

Am besten bewertet die Bevölkerung die gezielte Subventionierung von klimafreundlichen Maßnahmen, wie z. B. die Förderung von E-Autos oder von Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen bei Gebäuden. Insgesamt 28% der Befragten favorisieren solche Maßnahmen (vgl. Abb. 2). An zweiter Stelle stehen Gebote zu klimafreundlichen Maßnahmen (z. B. Mindeststandards beim Hausbau oder Mindestanteile regenerativer Energien am Energieverbrauch) sowie Verbote klimaschädlicher Maßnahmen (z. B. Absenkung von Tempolimits oder das Verbot von Gasheizungen) mit jeweils ca. 16%. Nimmt man diese konzeptionell sehr ähnlichen Maßnahmen zusammen, werden aktive staatliche Eingriffe in Marktentscheidungen von der Bevölkerung sogar insgesamt präferiert. Zusammengekommen mit ebenfalls paternalistisch und »plane-risch« inspirierten Subventionen lässt sich feststellen, dass Bürgerinnen und Bürger staatliche Interventionen mehrheitlich am wichtigsten finden.

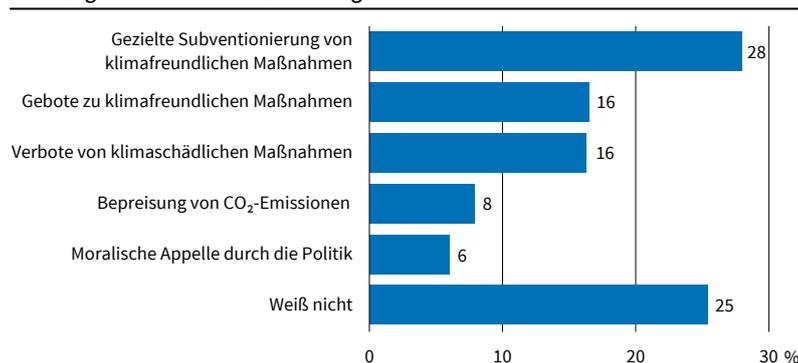
Anders sieht es bei der von Ökonomen für Klimaschutzbemühungen favorisierten Marktlösung über die Bepreisung von CO₂-Emissionen (Blum et al. 2019) aus, etwa durch den Emissionshandel. CO₂-Bepreisung ist eher unpopulär und nur 8% der Befragten favorisieren diese Maßnahme. Das deckt sich mit früheren Umfrageergebnissen, wie etwa in Dechezleprêtre et al. (2022). Die Diskrepanz von Experten- und Bevölkerungsmeinung ist mutmaßlich auf große Wissenslücken in der deutschen Bevölkerung über die Wirkungsweise und die finanziellen Konsequenzen der CO₂-Bepreisung zurückzuführen, die Eßer et al. (2023) in ihrer Umfrage feststellen. CO₂-Bepreisung liegt in den Augen der Befragten nur knapp vor moralischen Appellen durch die Politik, die nur von 6% für die geeignetste Maßnahme gehalten werden. Wichtig ist jedoch auch zu erwähnen, dass sich rund ein Viertel der befragten Personen gar nicht erst in der Lage fühlt, das beste Politikinstrument zu bestimmen.

MIT EINNAHMEN AUS CO₂-BEPREISUNG SOLLTEN INVESTITIONEN GEFÖRDERT WERDEN

Die Bepreisung von CO₂-Emissionen erzeugt nicht nur Anreize, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, sondern auch Einnahmen für die öffentliche Hand. Daher stellt sich die Frage, wofür diese Einnahmen aus Sicht der Bevölkerung verwendet werden sollten. In Deutschland fließen die Einnahmen in den Klima- und Transformationsfonds und werden bisher u.a. für die Förderung von Klimaschutz-Investitionen verwendet. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag ein Klimageld in Aussicht gestellt, um die Akzeptanz der Bevölkerung für die CO₂-Bepreisung zu erhöhen.

Abb. 2

Bevorzugte Maßnahme zur Erreichung von Klimaneutralität



Anmerkung: Es wurde Folgendes gefragt: Welche staatliche Maßnahme ist Ihrer Ansicht nach am wichtigsten, um Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen? 1 Bepreisung von CO₂-Emissionen (z. B. durch Emissionshandel), 2 Gezielte Subventionierung von klimafreundlichen Maßnahmen (z. B. Förderung von E-Autos oder Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen im oder am Haus), 3 Verbote von klimaschädlichen Maßnahmen (z. B. Absenkung von Tempolimits oder Verbot von Gasheizungen), 4 Gebote zu klimafreundlichen Maßnahmen (z. B. Mindeststandards beim Hausbau oder Mindestanteile regenerativer Energien am Energieverbrauch), 5 Moralische Appelle durch die Politik (z. B. Appelle zum Energiesparen), 6 Weiß nicht. N = 2 023.

Quelle: ifo-NIM-Umfrage.

© ifo Institut

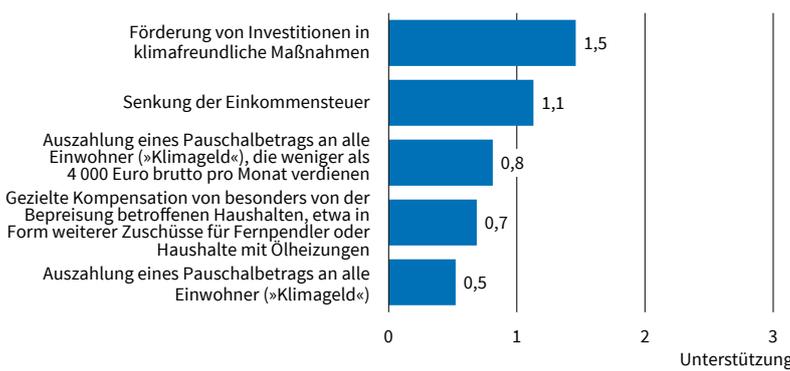
Das Klimageld soll als Rückzahlung der Einnahmen in Form einer Pro-Kopf-Pauschale ausgestaltet sein. Hubertus Heil forderte 2022 ein »soziales Klimageld«, das nur bis zu einem Bruttoeinkommen von 4 000 Euro ausgezahlt werden soll. Trotz Erhöhung des CO₂-Preises von 30 Euro pro Tonne auf nunmehr 45 Euro pro Tonne ab 2024 ist das Klimageld bisher u.a. aus administrativen Gründen noch nicht umgesetzt worden.

Ob das Klimageld die geeignetste Art ist, CO₂-Steuereinnahmen an die Bevölkerung zurückzugeben, ist aus Gründen der Effizienz, Verteilungsgerechtigkeit und Verwaltungsaufwand umstritten. Fuest und Sachs (2023) gehen davon aus, dass eine Senkung der Einkommensteuer (durch Erhöhung der Grundfreibeträge oder niedrigere Grenzsteuersätze) bzw. eine niedrigere Umsatzsteuer geeignetere Reformansätze wären, die sowohl Verteilungs- als auch Effizienzeffekte besser abbilden. Diese Maßnahmen wären auch schneller einsetzbar als das im Koalitionsvertrag festgehaltene Klimageld. Auch gezielte Kompensationen der von besonders durch CO₂-Bepreisung betroffenen Haushalten, etwa in Form weiterer Zuschüsse für Fernpendler oder für Haushalte mit Ölheizungen (die nicht über die Einkommensteuer abbildbar sind), sind denkbar, ebenso wie die aktuell durchgeführte Förderung von umweltfreundlichen Fördermaßnahmen und Investitionen durch den Staat.

Ein wichtiger Aspekt bei der Diskussion um die Verwendung der CO₂-Einnahmen ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. Das Klimageld wird immer wieder aufgrund seiner größeren Sichtbarkeit und Akzeptanz als beste Verwendung gepriesen (Kalkuhl et al. 2023). Wir haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer daher gefragt, inwiefern sie verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zustimmen. Die jeweiligen Zustimmungswerte werden dabei auf einer Likert-Skala von -3 (starke Ablehnung) bis +3 (starke Zustimmung) gemessen.

Abb. 3

Zustimmung zu Verwendungsmöglichkeiten von CO₂-Preis-Einnahmen



Anmerkung: Der Fragetext lautet: »Das Ziel von CO₂-Bepreisung ist, die Verschmutzung der Umwelt mit einem Preis zu belegen. Dadurch werden Unternehmen dazu angeregt, Emissionen zu vermeiden, z.B. indem sie in neue Technologien investieren. Die Einnahmen aus der Bepreisung können an private Haushalte rückverteilt werden. Inwiefern stimmen Sie folgenden Verwendungsmöglichkeiten der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zu?« Die Verwendungsmöglichkeiten sind im Wortlaut auf der y-Achse notiert. Die Befragten konnten auf einer 7-stufigen Likert-Skala von »Stimme absolut nicht zu«, »Stimme nicht zu«, »Stimme eher nicht zu«, »Keine Meinung«, »Stimme eher zu«, »Stimme zu« bis hin zu »Stimme in hohem Maße zu« antworten. N = 2 023. Quelle: ifo-NIM-Umfrage.

© ifo Institut

Im Durchschnitt wird keine der Verwendungsmöglichkeiten von den Befragten abgelehnt, sondern alle finden – wengleich in verschiedenem Maße – Zustimmung in der Bevölkerung (vgl. Abb. 3). Generell findet die Förderung von Investitionen in klimafreundliche Maßnahmen am meisten Zustimmung (ähnlich zu hohen Zustimmungswerten zur Rückführung von CO₂-Einnahmen in Umweltprojekte in anderen Befragungen, zusammengefasst im Überblicksartikel von Maestre-Andrés et al. 2019). An zweiter Stelle liegt in der Gesamtbevölkerung die Senkung der Einkommensteuer. Das vieldiskutierte Klimageld findet insgesamt am wenigsten Zustimmung, wobei drei Varianten bewertet wurden, die sich in ihrer jeweiligen Spezifikation unterscheiden. Es zeigt sich, dass gezieltere Auszahlungen an besonders belastete Haushalte gegenüber einem pauschalen Klimageld für alle Einwohner aus Sicht der Befragten bevorzugt werden (ähnliche Befunde dazu in Dechezleprêtre et al. 2022 oder Sommer et al. 2022).

WAS BEDEUTET DIE VORREITERROLLE FÜR DEN KLIMASCHUTZ?

Obleich der Begriff der Vorreiterrolle immer wieder auf der politischen Bühne verwendet wird, ist unklar, was genau damit verbunden wird. Wir untersuchen, ob Befürworter und Gegner einer Vorreiterrolle unterschiedliche Vorstellungen bei der Wahl der klimaschutzpolitischen Maßnahmen haben. Abbildung 4 illustriert diese Unterschiede im Hinblick auf die Frage, wer die Kosten für Investitionen in Klimaneutralität tragen sollte. Befragte, die eine deutsche Vorreiterrolle ablehnen, sehen weniger Verantwortung bei den Haushalten und mehr Verantwortung bei der öffentlichen Hand. Gegner einer deutschen Vorreiterrolle möchten demnach in ihrer Funktion als Verbraucher nicht mit den entsprechenden Kosten belastet

werden, sondern sehen den Staat in der Pflicht. Bezüglich der Verantwortung der Unternehmen unterscheiden sich Befürworter und Gegner dagegen nicht systematisch.

Bei der Wahl des besten Instruments fällt auf, dass es zwischen Befürwortern und Gegnern einen großen Unterschied im Anteil der Meinungslosen gibt (11 % vs. 37 %). Eine mögliche Erklärung ist, dass sich Unwissenheit bezüglich konkreter geeigneter Maßnahmen in Zurückhaltung in Bezug auf die Vorreiterrolle äußert. In diesem Sinne scheint es für Teile der Bevölkerung eventuell nicht sinnvoll, sich als Klimaschutzpionier zu generieren, ohne zu wissen, wie man eine solche Rolle mit Taten füllen kann. Auf der anderen Seite könnte die Ablehnung einer Vorreiterrolle zu einem gewissen Desinteresse an der Findung geeigneter Maßnahmen führen, die dann diesbezügliche Unwissenheit und Unsicherheit erzeugt.

Während die Zustimmung zu klimapolitischen Geboten unter Befürwortern und Gegnern einer deutschen Vorreiterrolle ähnlich stark ist, unterscheiden sich beide Gruppen deutlich in ihrer Meinung zur Verbotspolitik in Sachen Klima. Bei Unterstützern halten 23% Verbote für das beste Politikinstrument, wogegen bei Gegnern nur 7% Verbote für die beste Maßnahme halten. Interessanterweise findet bei Unterstützern einer deutschen Vorreiterrolle die CO₂-Bepreisung mehr Zustimmung als bei den Gegnern (11% vs. 5%).

Auch bezüglich der bevorzugten Verwendungsmöglichkeiten der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung zeigen sich Unterschiede zwischen Personen, die eine deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz unterstützen und jenen, die eine solche Rolle ablehnen. Generell stimmen die Gegner der Vorreiterrolle allen Verwendungsmöglichkeiten weniger zu als die Befürworter, bis auf die Ausnahme der Senkung der Einkommensteuer. Diese findet bei Gegnern mehr Zustimmung als bei Unterstützern der deutschen Vorreiterrolle. Der größte Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen besteht jedoch in der Unterstützung von Förderungen von Investitionen in klimafreundliche Maßnahmen, die von Unterstützern der deutschen Vorreiterrolle klar favorisiert wird, wogegen die Gegner die Reduktion der Einkommensteuer favorisieren. Auch das Klimageld findet mehr Befürworter unter denjenigen, die auch die deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz unterstützen.

ZUSAMMENFASSUNG UND DISKUSSION

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt im Rahmen unserer repräsentativen Befragung im Herbst 2023 eine Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz, obgleich es fast eine genau so große Gruppe gibt, die einer Vorreiterrolle skeptisch oder unentschieden gegenübersteht. Unsere Ergebnisse spiegeln somit die Uneinigkeit wider, die innerhalb der Gesellschaft im Hinblick auf konkrete umweltpolitische Maßnahmen, wie dem Heizungsgesetz (Grimm und Gros 2023), zu

herrschen scheint. Es werden primär Unternehmen und die öffentliche Hand in der Pflicht gesehen, die dazu notwendigen Investitionen zu tätigen. Dabei sollte die Politik aus Sicht der Bevölkerung insbesondere mit Geboten und Verboten aber auch mit gezielter Subventionierung von klimafreundlicherem Verhalten arbeiten. Die von Ökonomen favorisierte CO₂-Bepreisung findet in der Bevölkerung dagegen nur wenig Unterstützung. Insgesamt zeigt sich entgegen dem Rat vieler Ökonomen eine Präferenz für planerische bzw. interventionistische und wenig marktbasierende Lösungsansätze auf dem Weg zur Klimaneutralität in der breiten Bevölkerung. Das deckt sich weitgehend mit Befunden aus früheren umfragebasierten Studien.

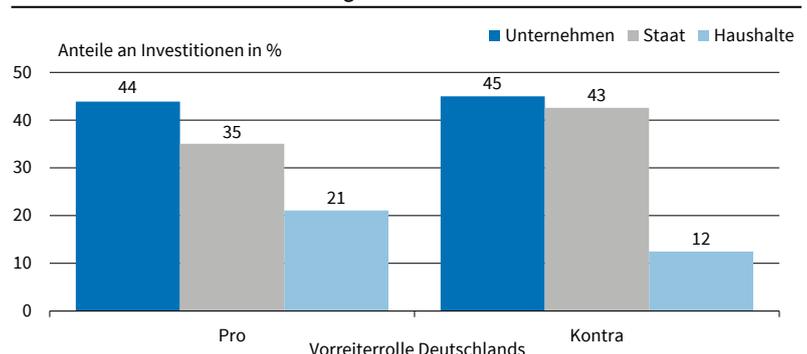
Es wird viel darüber diskutiert, was mit den CO₂-Preis-Einnahmen passieren soll. Während in der wissenschaftlichen Debatte von vielen Stimmen ein Klimageld aus Gründen der Salienz und Akzeptanz bevorzugt wird, sollten die durch die CO₂-Bepreisung entstehenden Einnahmen nach Einschätzung der Bevölkerung jedoch eher direkt für gezielte Klimaschutz-Investitionen genutzt werden oder in Form einer Einkommensteuersenkung an die Haushalte zurückfließen. Der Status quo der Finanzierung von Investitionen über den Klima- und Transformationsfonds scheint daher gerechtfertigt. Das Klimageld findet interessanterweise keinen besonderen Anklang bei der Bevölkerung, trotz politischer Hoffnungen auf größere Akzeptanz.

Unsere Untersuchung zeigt darüber hinaus, dass Befürworter einer Vorreiterrolle unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was die effektivste Maßnahme zur Erreichung von Klimaneutralität ist. Befürworter der Vorreiterrolle sehen notwendige Investitionslasten eher beim Staat. Von den Gegnern der Vorreiterrolle unterscheidet sie auch, dass sie eher eine Meinung dazu haben, was zu tun ist. Unter den Gegnern der Vorreiterrolle geben mehr als ein Drittel an, dass sie nicht wissen, welches das beste Mittel zur Erreichung von Klimaneutralität ist, unter den Befürwortern trifft das nur für etwa ein Zehntel zu. Sowohl bei Gegnern als auch bei Befürwortern einer deutschen Vorreiterrolle ist die von Ökonomen favorisierte Bepreisung von CO₂ eine nur wenig beliebte Lösungsmöglichkeit auf dem Weg zur Klimaneutralität, wenn sie auch bei Unterstützern doppelt so beliebt ist wie bei den Gegnern.

Es bleibt festzuhalten, dass die Meinung der Bevölkerung weitreichend von den Meinungen und Schätzungen von Experten abweicht. Diese Diskrepanz kann den Stillstand in der Klimapolitik erklären. Auch die heterogene Interessenlage innerhalb der Bevölkerung bezüglich konkreter Lösungsansätze zur Erreichung von Klimaneutralität und die Frage, ob dabei überhaupt eine Vorreiterrolle eingenommen werden sollte, können zur Erklärung des Reformstaus in der Politik beitragen.

Abb. 4

Investitionsanteile nach Zustimmung Vorreiterrolle



Anmerkung: N = 1 772. Befürworter sind alle, die einer Vorreiterrolle positiv gegenüberstehen (Werte: »Stimme eher zu«, »Stimme zu«, »Stimme in hohem Maße zu«) und Gegner alle, die ihr negativ gegenüberstehen (Werte: »Stimme absolut nicht zu«, »Stimme nicht zu«, »Stimme eher nicht zu«). Personen, die bezüglich der deutschen Vorreiterrolle unentschieden waren (N = 251), wurden in dieser Analyse nicht berücksichtigt.

Die Balken stellen dar, zu welchem Anteil die Investitionen in die Erreichung von Klimaneutralität von der jeweiligen Gruppe getragen werden soll.

Quelle: ifo-NIM-Umfrage.

© ifo Institut

REFERENZEN

Blum, J., R. de Britto Schiller, A. Löschel, J. Pfeiffer, K. Pittel, N. Potrafka und A. Schmitt (2019), »Zur Bepreisung von CO₂-Emissionen – Ergebnisse aus dem Ökonomenpanel«, *ifo Schnelldienst* 72(16), 60–65.

Carattini, S., S. Kallbekken und A. Orlov (2019), »How to Win Public Support for a Global Carbon Tax«, *Nature* 565, 289–291.

Dechezleprêtre, A., A. Fabre, T. Kruse, B. Planterose, A.S. Chico und S. Stantcheva (2022), »Fighting Climate Change: International Attitudes toward Climate Policies«, *NBER Working Paper* w30265.

Eßer, J., M. Frondel, S. Sommer und J. Wittmann (2023), »CO₂-Bepreisung in Deutschland: Kenntnisstand privater Haushalte im Jahr 2022«, Diskussionspapier, *RWI Materialien* 157.

Expertenrat für Klimafragen (2023), *Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzprogramms 2023*, 22. August 2023, verfügbar unter: <https://www.expertenrat-klima.de>.

Fuest, C. und D. Sachs (2023), »Das Klimageld ist nicht das richtige Instrument«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. Dezember 2023, verfügbar unter: <https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2023-12-16/164a49630d101adb090f328d0f95d313/?GEP=s3>.

Grimm, V. und C. Gros (2023), »Die Heizungsreform spaltet die Gesellschaft«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Mai 2023, verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/heizungsreform-spaltet-deutsche-gesellschaft-akzeptanz-auf-der-kippe-18910771.html>.

IPCC (2022), *IPCC Sixth Assessment Report*, verfügbar unter: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg3/>.

Kalkuhl, M., M. Kellner, C. Roofs, K. Rütten, J. George, A. Bekk, A. Held, M. Heinemann, U. Eydam, N. aus dem Moore, M. Pahle, A. Schwarz, U. Fahl, M. Blum und K. Teichel-Grass (2023), *Optionen zur Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung. Steuer- und fiskalpolitische Aspekte der Energiewende*, Ariadne-Kurzdossier.

KfW Research (2021), *Beitrag von Green Finance zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland*, verfügbar unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/Green-Finance-und-Klimaneutralitaet.pdf>.

Maestre-Andrés, S., S. Drews und J. van den Bergh (2019), »Perceived Fairness and Public Acceptability of Carbon Pricing: A Review of the Literature«, *Climate Policy* 19(9), 1186–1204.

Nordhaus, W. (2015), »Climate Clubs: Overcoming Free-Riding in International Climate Policy«, *American Economic Review* 105(4), 1339–1370.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2019), *Jahresgutachten 2019/20: Den Strukturwandel meistern*, verfügbar unter: https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201920/JG201920_Gesamtausgabe.pdf.

Sommer, S., L. Mattauch und M. Pahle (2022), »Supporting Carbon Taxes: The Role of Fairness«, *Ecological Economics* 195, 107359.